

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 "M. — Durch die Post bezogen 2.— "M. ohne Bestellgeld. Telefon Samml.-nummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die Ugeblatt. Kolonellselle 35 Pf., bei Platzverdrängung 40 Pf., Stellenangebote 10gep. Kolonellselle 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen 10gep. Kolonellselle mit 50% Nachsch. Reklameselle 2 "M. Inserate v. ausw.: die 10gep. Kolonellselle 40 Pf. bei Platzverdrängung 50 Pf., Reklameselle 2.25 "M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Der Kampf aller gegen alle

Thälmann von Moskau rehabilitiert — Vor einer großen Säuberungsaktion

Die Partei der Korruption

Die rote Fahne veröffentlicht die Resolution, die das Moskauer Exekutivkomitee der 3. Internationale zu dem Fall Thälmann gefaßt hat. In der Resolution wird gebilligt, daß das Zentralkomitee der deutschen kommunistischen Partei den Hamburger Kommunistenführer Witorf wegen der Unterschlagung von Parteigeldebern aus der Partei ausschloß. Thälmann erhält einen Tadel dafür, daß er von der Unterschlagung das Zentralkomitee nicht sofort in Kenntnis setzte. Eine weit schwerere Mäße müßte doch das Zentralkomitee einstecken, weil es die Resolution über die Verurteilung Thälmanns veröffentlichte, und zwar in einer für die Partei schmerzhaften Situation. Ein derartiger großer Fehler, so heißt es in der Resolution des ERK, war nur dadurch möglich, daß die Mehrheit der Mitglieder des Zentralkomitees sich in unüberlegter Weise irtümlich ließen von den politischen Gegnern innerhalb des Zentralkomitees.

Dem Zentralkomitee wird vorgeschlagen, Maßnahmen zu treffen, um alle fraktionellen Gruppierungen in der Partei zu liquidieren, gewisse Änderungen in der Zusammensetzung der leitenden Organe des Zentralkomitees (Politisches Bureau, Sekretariat, Redaktion der roten Fahne), vorzunehmen. Schließlich spricht die Resolution Thälmann das volle politische Vertrauen aus und verurteilt den Beschluß des Moskauer Exekutivkomitees, daß er auch weiterhin verpflichtet ist, alle Funktionen in der Partei und im ERK zu erfüllen.

Ein in die Kartoffeln — raus aus den Kartoffeln

„Die kommunistische Partei hat eindeutig den Beweis geliefert, daß sie gegen die seltenen Korruptionsfälle in ihren Reihen mit rücksichtsloser proletarischer Schärfe vorzugehen versteht.“

So schrieb bereits die rote Fahne, und das Zentralkomitee der deutschen Kommunisten beschloß dementsprechend, den Hamburger Korruptionsfall mit eisernen Häkchen auszuraumen. Witorf wurde ausgeschlossen, drei Mitschuldige aus ihren Ämtern gejagt und Teddy Thälmann, Stefans Sorgenkind, wurde von der Zentrale einstimmig — wie von der roten Fahne besonders hervorgehoben wurde — seiner Funktion entsetzt. Die gesamte kommunistische Presse schrieb darüber in Töne der Begeisterung: Die KPD macht auch vor Thälmann nicht halt, wenn er die Methoden der Korruption verhüllt.

Inzwischen haben 25 Mitglieder der Zentrale ihr „Vater, vergib mir“ abgelegt. Sie haben vor aller Öffentlichkeit bekennen müssen, daß die Absetzung Thälmanns ein „Fehler“ war, und daß die Zentrale demzufolge zwar die Korruption Thälmanns anerkannte, aber gegen ihn nicht vorgehen durfte. Damit hat sich die rote Fahne und mit ihr die Zentrale Ohrfeigen links und rechts verjagt. Sie hat festgestellt, daß zwar Korruption vorhanden ist, aber daß gegen die „korruptierten Elemente“ nicht vorgegangen werden darf.

Das ist die Partei, die andere der Korruption bezichtigt, die hinter jedem Beschluß einer Streikversammlung „korruptive Einwirkungen“ festzustellen strebt. Wir haben während der letzten Wochen an Dutzenden von Fällen dargelegt, wo die Korruption zu Hause ist und wie dort die „korruptierten Elemente“ zielbewußt

gejagt und selbst gefördert werden. Der Volkswille, das Organ der Ultralinken, hat sich der Aufgabe unterzogen, die in letzter Zeit bekanntgewordenen Korruptionsfälle zusammenzustellen. Er verweist auf das oben wiedergegebene Zitat aus der roten Fahne und stellt demgegenüber nunmehr das Folgende fest:

1. Der Parteivorstand ist der Teilhaberschaft an unterschlagenen Parteigeldebern überführt. Außerdem hat er einen notorischen Betrugsdank in seiner Funktion befallen.

Thälmann bleibt. Die Korruptionsfahne muß seine Schweineereien bemänteln.

2. In Hamburg sind Thälmanns Freunde Rich, Maddalena, Scheer und Andree der Korruption überführt.

Sie bleiben der Partei und ihren höchsten Funktionen erhalten.

3. Seit einem halben Jahr sind gegen den „KPD-Kommissar“ im Gau Halle-Merseburg von uns konkrete Beschuldigungen erhoben. Dieser Mensch ist wegen Korruption aus der SPD ausgeschlossen.

Jaiza ist nach wie vor in Amt und Würden der KPD.

4. Vor Monatsfrist waren wir genötigt, eine Fierbe der WZ, Mittelrhein der KPD, den Stadtwortredakteur und Redakteur Stahl unseren Lesern vorzustellen. Stahl ist von dem eigenen Pol.-Sekretär Winterich der Korruption bezichtigt.

Stahl bleibt trotzdem führender Funktionär der Partei.

5. Der KPD-Sekretär Hasse, Fraktionsfreund Thälmanns, unterschlug in Kassel Parteigelde. Zur Belohnung wurde er nach Lübeck berufen.

Er ist ebenfalls nicht aus der KPD ausgeschlossen.

6. Der „Volkswille“ hat den Beweis für die Korruptiertheit des Pol. Leiters des 5. Berliner Bezirkes, des KPD-Bandingsabgeordneten Woelbers erbracht. Er ist beschuldigt, indirekter Teilhaber und Mitwisser von Unterschlagungen von Partei- und Notehilfe-Geldern zu sein.

Woelbers gehört nach wie vor als führender Funktionär der KPD an.

7. Ebenso haben wir schwere Anklagen gegen den Pol. Sekretär der KPD Badens, das Reichstagsmitglied Schreck, erhoben, der der Unterschlagung bzw. Mitwisserchaft an verheimlichten Unterschlagungen beschuldigt wurde.

Schreck tritt weiterhin im Namen der KPD auf.

Der Volkswille bemerkt dazu, daß diese Liste bei weitem keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben könne. Die kommunistische Presse freilich versucht gar nicht erst, diese Tatbestände abzustreiten. Ihre Hauptaufgabe besteht gegenwärtig in der wichtigen Funktion, auf dem Wege über das Volksbegehren die Sozialdemokratie zu zerstören und zu entlarven. Daß sie damit in schreiendem Widerspruch zu den Feststellungen steht, die von ihrer eigenen Zentrale einstimmig gemacht worden sind, sei nur am Rande kurz bemerkt. Jetzt haben dieselben Wähler, die dementsprechend den Beschluß der Zentrale zitterten, den erbarmungswürdigen Lesern das Gegenteil zu beweisen. So will es Moskau, so will es Stalin, der bolschewistische Selbstherrscher aller Reußen.

Kein Wunder, daß bei alledem, trotz ihrer Geschwätzigkeit, die Sächsischen Arbeiter-Zeitung — mit ihr außer der roten Fahne die gesamte kommunistische Presse — völlig vergessen hat, über die seit Wochen mit großen Tönen angeklagte Aktion über das Volksbegehren gegen die Sozialdemokratische Partei ihren Lesern zu berichten. Wir haben uns logischerweise dieser Aufgabe unterzogen, und glauben uns damit auch die Zustimmung der kommunistischen Arbeiter gesichert zu haben.

Zur Reichsbannerfestung in Hannover

Von einem Teilnehmer der Bundesgeneralversammlung werden uns die folgenden Randbemerkungen mitgeteilt:

Der Verlauf der zweiten Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners in Hannover verdient ein Nachwort, denn die Verhandlungsberichte darüber in der Tagespresse geben kein richtiges Bild von den Vorgängen, die insbesondere den sozialdemokratischen Politiker interessieren müssen. Der erste Vorsitzende des Bundes, der viel mehr eine Führerrolle zu spielen hat, als das in jeder anderen Organisation der Fall ist, betont immer und immer wieder, im Reichsbanner dürfe keine Politik bzw. keine Parteipolitik getrieben werden. Das ist ein durchaus richtiger Standpunkt, das Reichsbanner soll kein Ersatz für die Parteien sein, die in ihm zusammenarbeiten müssen. Denn in der Politik unterscheiden sich diese Parteien in allen wichtigen Fragen sehr stark, ihre Ansichten über Ziele der Parteien sind grundsätzlich verschieden. Das wirkt sich mehr oder weniger auch in der praktischen Tagespolitik aus.

Der richtige Standpunkt des Vorsitzenden Hörsting wird aber von ihm selbst nicht befolgt, und jede organisatorische Veranstaltung (Bundes- oder Gauversammlung) zeigt, daß im Reichsbanner doch Politik getrieben, daß besonders zu wichtigen schwebenden politischen Fragen Stellung genommen wird. Und da gerade in wichtigen Fragen Politik von Parteipolitik unmöglich zu trennen ist, so muß jede solche Erörterung in die Anschauungen der Parteien eingreifen. Diese Methode muß früher oder später, in dem oder jenem Falle zu Komplikationen innerhalb des Reichsbanners führen. Deshalb ist besonders von Sachen aus wiederholt dringend gewarnt worden, daß sich das Reichsbanner in Dinge mische, die den politischen Parteien zur Beratung und Entscheidung zustehen.

Wie Hannover zeigt, können es Hörsting und mit ihm andere Prominente des Reichsbanners aber nicht lassen. Hörsting selbst tut es obendrein noch in einer Weise, die nicht immer kameradschaftlich und sachlich genannt werden kann. Er fangt seine Kritiker in einer Weise ab, die lebhaft an Kafertentum erinnert. In Hannover setzte die Kritik gegen ihn in bisher ungewohntem Maße ein, und es scheint, als ob man die Politik der Bannerleitung auch in Kreisen als unzuverlässig empfindet, die bisher die Dinge ruhig laufen ließen. Auffällig war, daß in bestimmten Fragen auch von demokratischer Seite gegen Hörsting polemisiert worden ist, und zwar mit Argumenten, die von sozialdemokratischer Seite vorgebracht und unterstützt worden sind.

Die im Rahmen des Reichsbanners von Hörsting getriebene und leider von der Mehrheit jetzt noch unterstützte Politik kann man auf die Formel bringen: Koalitionspolitik unter dem Reich unter allen Umständen! Zur Zeit steht diesem Standpunkt der Panzerkreuzerfall nun recht unangenehm im Wege. Hörsting tat ihn mit der geschmackvollen Bemerkung ab, der Panzerkreuzer sei „bis zum Kragen angeleiert“. Man solle nicht mehr davon sprechen. Mit erfreulicher Deutlichkeit wurde dieser Auffassung nicht nur von sozialdemokratischer, sondern auch von demokratischer Seite widersprochen. Ein Demokrat aus Baden erklärte z. B., daß der Panzerkreuzer unter allen Umständen abgelehnt werden müsse. Hörsting treibe zu sehr „Opportunismus“ mit der Absicht, andere zu „überlisten“. Auch sonst fand dieser bürgerliche Vertreter Worte der Kritik gegen die Hörsting'sche Reichsbannerpolitik, an der sich mancher Reichsbanner-Sozialdemokrat ein Beispiel nehmen könnte. Bemerkenswert war auch, daß ausgerechnet ein Demokrat (Hamburger) mit Nachdruck erklärte, das Bürgertum habe im Reichsbanner völliig versagt. Dazu passe sehr schön ein Fall, auf den ein sozialdemokratischer Vertreter aus Breslau verwies. Dort ist ein Demokrat ausgetreten, weil das Reichsbanner die Beteiligung am Hindenburgrummel abgelehnt habe. Der Mann wies dabei darauf hin, daß das Reichsbanner nun auch die 25 Mark einbüße, die er als Beitrag jährlich gezahlt habe (!).

Hörsting konnte es sich bei dieser Gelegenheit nicht verkneifen, wegwerfend von dem Artikel zu sprechen, den seinerzeit „ein heller Sachse“ über die heftigen Wahlen und das Reichsbanner geschrieben habe. Diese Art, den Artikelschreiber vor einem Forum lächerlich zu machen, das den Aufsatz gar nicht kennt, ist auch eine Eigenheit des Vorsitzenden einer großen Organisation, die alles weniger denn ausgleichend wirken kann. Die in jenem Artikel vertretene Ansicht wurde übrigens durch einen Antrag des Ortsvereins Frankfurt a. M. als richtig unterstrichen, der allerdings vor der Entscheidung auf gutes Zureden „aus parteipolitischen Gründen“ zurückgezogen wurde.

Auch wie Hörsting Schönau behandelt, konnte nicht sympathisch berühren. Bezeichnend war, daß sich wieder ein Demokrat gegen dieses Verfahren wandte. Von sozialdemokratischer Seite wurde mit Recht betont, daß dieselbe ablehnende Energie gegen die Kommunisten auch den Stahlhelmern gegenüber angewendet werden müßte. Zumal die kommunistischen Arbeiter doch unsere Klassenossen trotz

Neue Sonntagsrede Poincarés

SPD Paris, 8. Oktober.

Poincaré hielt am Montag auf einem ihm zu Ehren in Thionville gegebenen Bankett eine Rede, in der er die Versicherung abgab, daß das Schicksal Elsas-Vohringens von der Regierung und den Behörden stets respektiert werden würde. Seit 10 Jahren, erklärte Poincaré, erneuere er diese Versicherung ununterbrochen. Thionville sei stets eine rein französische Stadt gewesen und bereits im Jahre 1920, als er den Eingeborenen das Statut der Republik bekanntgegeben habe, sei ihm die Frage gekommen, wie nur die Deutschen die Stadt hätten Diederhosen nennen können und wie sie sich hätten einbilden können, daß sie jemals deutsch werden würde.

Nach einem längeren historischen Rückblick auf die wechselreiche Geschichte der von den Römern gegründeten Stadt charakterisierte Poincaré die Besitznahme durch die Deutschen im Jahre 1870 mit folgenden Worten: „Es ist nötig, daß eure Kinder diese traurigen Dinge kennen und daß sie alles das begreifen, was sie an Ungeheuerlichkeiten, Unmoral und Unmenslichkeit enthalten. Wenn die Zeit jemals solche Missetaten verzeihen könnte, so würde das Völkerecht jeder Rühmlichkeit und Gewalt ausgeliefert sein. Für alles das, was Thionville gelitten habe, steht Frankreich in seiner Schuld. Ich persönlich werde stets das Beste meiner Kraft der Stadt und Elsas-Vohringens widmen.“

Kammererwahlwahlen in Frankreich

LI Paris, 8. Oktober.

Am Sonntag fanden in Gray und Issoudun Kammererwahlwahlen statt. In Gray wurde der Abgeordnete Drouot von der demokratischen Allianz gegen den Radikal-Republikaner Valenti und in Issoudun der sozialistische Abgeordnete Louis Helles gegen den Generalrat Darnault von der republikanischen Linken gewählt.

299 nicht 399

Berichtigung zu den „Dokumenten aus den Reichswehrakten.“

Durch einen Tippfehler hat sich in dem gestern wiedergegebenen Aufsatz „Dokumente aus den Reichswehrakten“ ein innerenstehender Sachverhalt ergeben. Es wurde gesagt, daß nach dem Vertrag vom Februar 1923 jährlich 399 Kriegsschlange gebaut werden sollten. Wie wir nunmehr bei dem Verfasser festgestellt haben, ist hier im Manuskript ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen. An Stelle der Zahl 399 muß es 299 heißen und damit verändern sich entsprechend auch die korrespondierenden Zahlen. Die russischen Volkskommissare hatten sich demzufolge verpflichtet, nur 60 Stück = 20 Prozent abzunehmen, der der Reichswehr zustellende Teil verringert sich mithin auf 240 pro Jahr.